

Naher Osten

Der Westen schaut zu, wie Christen vertrieben werden

Nach den jüngsten Massakern an Kirchenbesuchern in Alexandria und Bagdad kann kein Zweifel mehr bestehen, dass Fanatiker im Nahen Osten einen Krieg gegen die Christen führen. Diese fühlen sich (zu Recht) schlecht geschützt von ihren Regierungen und ziehen daraus eine logische Konsequenz: Sie fliehen. In den letzten Jahren hat diese Fluchtbewegung enorme Dimensionen angenommen – bestimmt zur Freude der radikalen Islamisten. Deren Ziel ist es, den Nahen Osten christenfrei zu machen. Damit brächten diese Zustände, was in den letzten eineinhalb Jahrtausenden weder Mohammed noch den Mongolen oder Ottomanen gelang (falls es überhaupt ein Ziel war): die Reinigung der islamischen Welt von allen nichtislamischen Elementen. Vor unseren Augen spielt sich eine religiöse Säuberung in einer Weltregion ab, die einst Kerngebiet des Christentums war und wo auch nach der islamischen Dominanz die Christen zum kulturellen Reichtum dieser Gegend beigetragen haben. Sollten die alten Christengemeinden verschwinden, wäre dies eine weltgeschichtliche Tragödie. Dennoch schaut der Westen dem Treiben der Fanatiker passiv zu. Es gab nach den jüngsten Attentaten kaum Proteste, und der Druck auf die arabischen Regierungen, mehr zum Schutz der Bedrängten zu tun, ist klein. Da reagiert der Islam anders: Das Minarett-Verbot in der Schweiz war Thema für die Konferenz der islamischen Staaten und führte zu Interventionen in Bern. Was zeigt, welch andern Stellenwert der Islam in der muslimischen Welt genießt als das Christentum im heutigen Europa. (fem.)

Dioxin-Skandal

Wer der EU fernbleibt, darf sich nicht beklagen

Weitet sich der deutsche Dioxin-Skandal in die Schweiz aus? Auf der handfesten Ebene gibt es dafür bisher keine Hinweise: Noch sind in Schweizer Läden weder giftige Eier noch verseuchtes Pouletfleisch aufgetaucht. Politisch hingegen ist die Affäre bereits jetzt ein kleines Lehrstück für unser Land.

Denn hierzulande hat die Dioxin-Affäre ein seltsames Klagebild ausgelöst. Man bekomme von der EU zu wenig Informationen, hiess es bei den Bundesbehörden. Das Bundesamt für Landwirtschaft klagte, es habe aus den Medien vom Lebensmittelskandal in Deutschland erfahren. Prompt forderten empörte Bürger in Internetforen, der Bundesrat müsse in Brüssel protestieren. Tatsächlich betreibt die EU für solche Fälle das Schnellwarnsystem im Bereich Lebens- und Futtermittel, kurz RASFF: Wenn irgendwo gesundheitsgefährdende Lebensmittel auftauchen, tauschen die EU-Länder über dieses System Informationen aus. Für ein importabhängiges Land wie die Schweiz wäre es besonders wichtig, diesen Informationsfluss anzapfen zu können. Deshalb führt der Bundesrat seit 2008 mit der EU darüber Verhandlungen. Diese kommen jedoch nicht vom Fleck, weil die Schweiz in anderen Verhandlungsdossiers keine Konzessionen machen will.

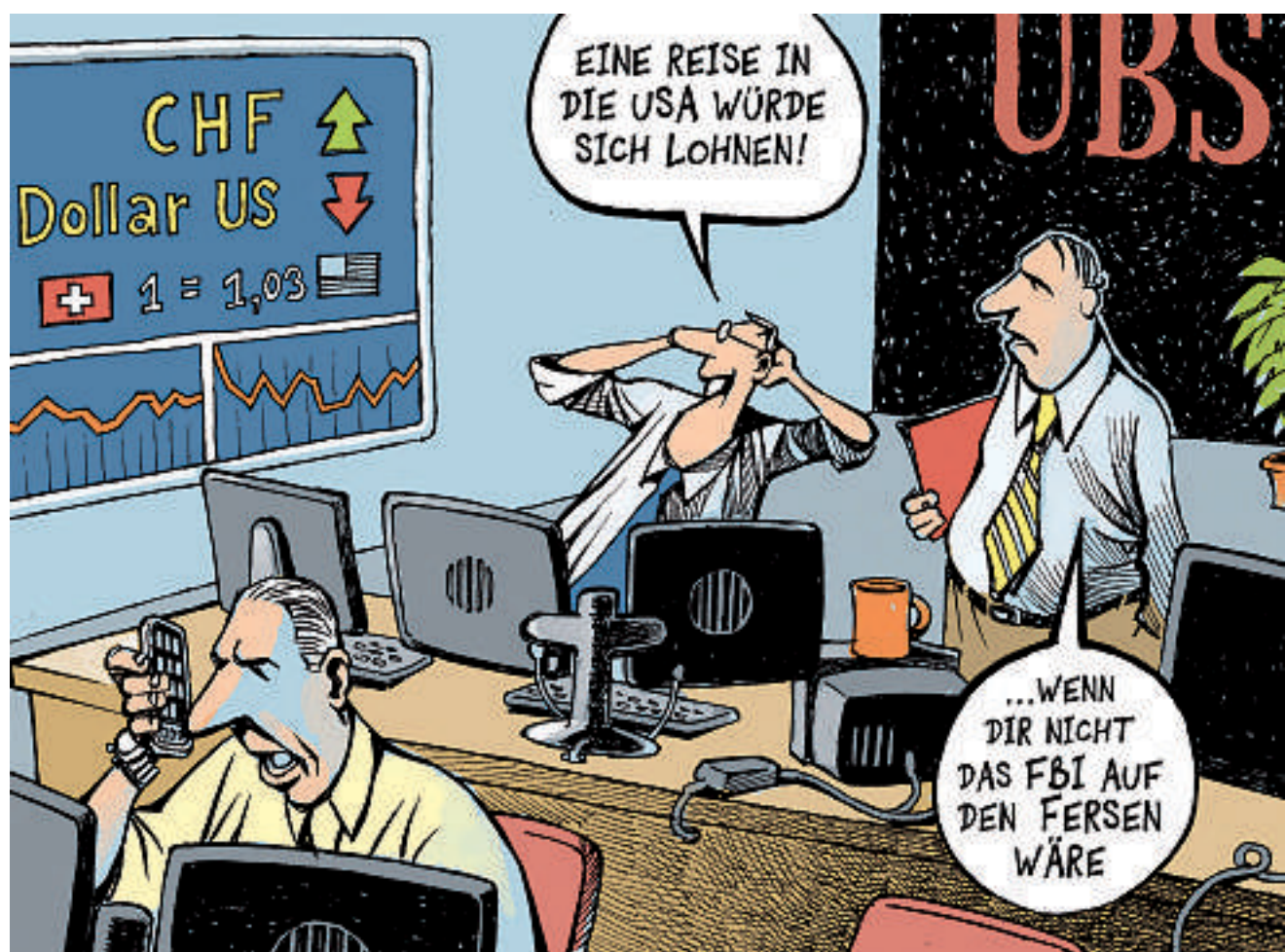
Es ist in der Schweiz derzeit populär, über die EU zu schnöden. Die Nichtmitgliedschaft mag der Schweiz zwar manchen Vorteil bringen – aber eben auch handfeste Nachteile, wie der Dioxin-Skandal jetzt illustriert. Wenn EU-kritische Schweizer sich darüber beklagen, wirkt das seltsam einäugig. (hä.)

Die Ehe

Das kleine grosse Glück

Der Angriff der 68er Bewegung auf die Ehe war fulminant. Ein bürgerlicher Irrtum sei sie, verlogen, miefig und generell ein Hindernis für Selbstverwirklichung und befreite Sexualität. Betrachtet man nur die Scheidungszahlen, so war die Attacke ein Erfolg. Würde in der Schweiz in den fünfziger Jahren nur jede neunte Ehe wieder aufgelöst, ist es heute jede zweite. Eigenartigerweise wird aber in der Schweiz immer noch geheiratet. Seit 2005 sogar Jahr für Jahr wieder ein bisschen mehr – trotz Wegfall von gesellschaftlichen Zwängen, trotz Steuernachteilen. Die 68er Revolution vermochte die Sehnsucht nach Sicherheit und Verbindlichkeit nicht zu tilgen (sie hat diese bloss auch homosexuellen Paaren ermöglicht). Warum das so ist? Antworten finden sich auf vier Seiten dieser Zeitung, wo Paare der Rubrik «Just married» ihren Alltag schildern. Mit andern Worten: Man sollte das Glück, das dem normalen Leben innewohnt, nicht unterschätzen. (tis.)

Chappatte



Starker Franken.

Der externe Standpunkt

Im Nachhinein ist man immer schlauer

Weil sie viele Euro gekauft hat, wird die Schweizerische Nationalbank scharf kritisiert. Dabei ist die Nationalbank gar nicht dazu da, einen Gewinn zu erzielen, meint Urs Birchler

Feste oder flexible Wechselkurse?» – so lautete die Frage damals an der Zwischenprüfung in Wirtschaftspolitik. Ich setzte mich für fixe Kurse ein – im Einklang mit der offiziellen Haltung – und erhielt vom Professor eine Drei. Bald darauf, im Januar 1973, brach das Fixkurssystem von Bretton Woods zusammen.

Schlechte Noten bekommt heute die Nationalbank von ihren Kritikern. Die einen verteufeln jeden gekauften Euro, verlangen also indirekt, jedweden Wechselkurs wehrlos hinzunehmen. Die andern fordern feste Wechselkurse und damit potenziell unbegrenzte Euro-Käufe.

Die Schweiz ist «ein kleines Land mit einer grossen Währung», sagte der Wirtschaftsprofessor Peter Kugler. Der Wechselkurs, der Preis dieser Währung, ist deshalb seit ihrem Bestehen der Störenfried der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Eine feste Parität (damals zum Gold) riss die Schweizer Wirtschaft in der grossen Krise der dreissiger Jahre beinahe in den Abgrund – bis zum Notausstieg mit der Abwertung des Frankens im Jahre 1936. Die Schweiz blieb jedoch auch nach dem Krieg bei festen Wechselkursen und importierte eine zweistellige Inflation – bis zum erneuten Notausstieg durch Freigabe des Wechselkurses.

Es ist offenkundig: Ganz fix geht nicht. Ohne Wechselkursflexibilität ist die Schweizer Wirtschaft den Kapriolen der Weltwirtschaft schutzlos ausgeliefert. Doch bald zeigte sich: Ganz flexibel ist auch schwierig. Mit der Freigabe des Wechselkurses im Jahre 1973 gewann die Nationalbank zwar theoretisch die volle geldpolitische Handlungsfreiheit. Doch der frei schwankende Wechselkurs überforderte die Wirtschaft. Der Franken wurde 1978 so stark, dass er die exportorientierten Branchen bedrohte: Die Nationalbank nahm vorübergehend Zuflucht zu einem Wechselkursziel – D-Mark «deutlich über 80 Rappen»; dies auf Kosten höherer Inflation.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Geschäftsberichte der Na-

tionalbank das Bemühen, die längerfristige Wechselkursentwicklung nicht zu stören, aber kurzfristige Ausschläge in realwirtschaftlich erträglichen Bahnen zu halten. Ihre Aufgabe wurde mit der Einführung des Euro im Jahre 1999 nicht leichter. Die Hoffnung, ein stabiler Euro nehme die Last des sicheren Hafens vom Schweizerfranken, schien sich zuerst zu erfüllen.

Ungewohnt schwach wurde der Franken im Jahr 2007. Die Bewunderer des Euro sahen den Franken bereits als Auslaufmodell. Drei

Jahre später ist er zurück in seiner traditionellen Rolle als eine der wenigen sicheren Währungen. Im Herbst 2010 erklomm der reale Wechselkurs des Frankens ein Niveau, das er erst zweimal erreicht hatte: einmal 1978, bevor die Nationalbank zum Wechselkursziel griff; das andere Mal 1994, als die Nationalbank sich vor einer Intervention zurückhielt und später als Jobkillerin kritisiert wurde.

Bedenklich ist, dass einzelne Fixkurs-Vertreter glauben, ein Anstieg von Geldmenge und Inflation unter festen Wechselkursen liesse sich notfalls mit Vorschriften begrenzen. Dies

hat die Schweiz in den sechziger und siebziger Jahren mit Massnahmen zur Abwehr ausländischer Gelder und anderen dirigistischen Eingriffen probiert. Genützt haben all diese Massnahmen nichts. Auf den modernen Finanzmärkten wären sie undenkbar.

In die Debatte um die Wechselkurse mischt sich das Gift unsachlicher Kritik. Dass die Verluste der Nationalbank hoch sind, liegt an ihrer Bilanz, die aufgrund der Bekämpfung der Finanzkrise aufgebläht ist. Nicht die Nationalbank hat eine riskante Wachstumsstrategie gefahren, sondern einzelne Banken, die mit Milliarden von Liquidität gerettet beziehungsweise vorübergehend in ihrer Funktion ersetzt werden mussten.

Das Argument, die Nationalbank habe im falschen Moment Euro gekauft, beruht auf nachträglicher Spekulation sowie auf dem Irrtum, die Vorräte der Nationalbank in Form von Schweizerfranken seien beschränkt. Ferner glauben einige Kritiker (unter ihnen leider die Kantone), die Nationalbank sei da, um Gewinn zu erzielen, und Devisenverluste der Nationalbank seien volkswirtschaftliche Verluste für die Schweiz. Das Gegenteil ist der Fall: Man stelle sich bloss vor, der Euro wäre auf null gefallen. Dann hätten die Schweizer die Europäische Wirtschaft kaufen können – verglichen mit den Kursverlusten der Nationalbank kein schlechter Deal.

Die Wechselkurspolitik bleibt für die Schweiz eine Gratwanderung. Extreme Lösungen sind angesichts der weltweiten Ungleichgewichte untauglich, vom Albtraum dirigistischer Eingriffe ganz zu schweigen. Entscheidend ist bei Wechselkurs-Interventionen letztlich nicht das genaue Wann und Wie. Entscheidend war stets, ob die Nationalbank die verschossene Munition wieder rechtzeitig einsammeln konnte, bevor diese in einem Inflationsfeuerwerk aufging. Und: Was immer die Nationalbank tut, sieht im Nachhinein verbesserungsfähig aus. Ein gute Note in Währungspolitik ist in der Praxis viel schwieriger zu erreichen als an der Universität.

Urs Birchler



Urs Birchler, 60, ist seit 2009 Professor für Banking am Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich und Professor invité an der Universität Lausanne. Früher war er Direktionsmitglied der Nationalbank. Er hat zahlreiche Fachbücher publiziert, unter anderem zur Informations-Ökonomie.